

Sabine Hering
Drehbuch 12.11.2018

Der Kampf um das Frauenstimmrecht im deutschen Reichstag



Erzählerin:

Bis zum November 1918 besaßen die Frauen in Deutschland keine ‚Vollbürgerschaft‘, das hieß u.a.: sie durften weder wählen noch gewählt werden. Und das, ob wohl der Anspruch auf die politische Gleichberechtigung von Männern und Frauen schon in der Französischen Revolution, genauer gesagt: im Jahre 1791 formuliert worden war, aber dann relativ rasch wieder in Vergessenheit geraten ist. Erst Ende des 19. Jahrhunderts wurde das Stimmrecht für Frauen wieder gefordert. Einerseits von der radikalen Vertreterin der Frauenbewegung, Hedwig Dohm. Sie schreibt bereits im Jahre 1876 ein Pamphlet, in dem sie sich mit den Gegnern des Frauenstimmrechts auseinandersetzt.

Hedwig Dohm:

„Ich will mich nur so kurz wie möglich der Sisyphusarbeit unterziehen, die Hauptgründe der Männer gegen die politische Wirksamkeit der Frau zu erörtern. Die Enthaltensamkeit wirklicher Beweggründe ist nur zu natürlich. Noch nie traten andere Argumente gegen die Frauenfreiheit zutage als solche, welche aus Gemütsregungen, aus Gewohnheit und Vorurteilen stammen.

Die Gründe der Männer heißen:

- 1) Die Frauen brauchen das Stimmrecht nicht;
- 2) Die Frauen wollen das Stimmrecht nicht;
- 3) Die Frauen haben nicht die Fähigkeit, es auszuüben;
- 4) Ihr Geschlecht schließt die Frau selbstverständlich von jeder politischen Aktion aus.

Aber: Ich erkenne nichts an, was nicht Andere auch in mir anerkennen. Es gibt keine Freiheit der Männer, wenn es nicht eine Freiheit der Frauen gibt. Wenn eine Frau ihren Willen nicht zur Geltung bringen darf, warum soll es der Mann dürfen. Hat jede Frau gesetzmäßig einen Tyrannen, so läßt mich *die* Tyrannei kalt, die Männer von ihresgleichen erfahren. Und warum ertragen die Frauen so geduldig den Mangel des natürlichsten aller Rechte? Sehr einfach: Sie müssen; denn ihnen fehlt die Macht, sich diese Rechte zu erzwingen.“

Erzählerin:

Dieses Recht fehlte den Frauen in der Tat, obwohl das Frauenstimmrecht damals auch von Seiten der Sozialdemokratie gefordert wurde. . Der entschlossenste Vertreter der Gleichberechtigung der Geschlechter war August Bebel, welcher Mitte der 1880er Jahre als erster – und lange Zeit auch als einziger - Vertreter diese Forderung im deutschen Reichstag vortrug. Hören wir jetzt Ausschnitte aus seiner bemerkenswerten Rede im Jahre 1885.

August Bebel:¹

Meine Herren, wir verlangen, dass das Wahlrecht in Deutschland auch auf die Frauen ausgedehnt wird. Und da ist natürlich seitens unserer Gegner Holland in Nöten. „Das ist ja ungeheuerlich, das ist verrückt“ — hat man mir gesagt. Ja, meine Herren, was ist nicht alles schon in der Welt für verrückt gehalten worden? Alles Neue wird anfangs von den Vertretern des Alten für undurchführbar, für verrückt erklärt. Keine neue Idee, kein großes Ziel in der menschheitlichen Entwicklung, das nicht bei seiner ersten Geltendmachung in ähnlicher Weise beurteilt, verurteilt und dem entsprechend bekämpft worden wäre!

Ist aber eine Forderung vernünftig, ist sie gerecht, ist sie natürlich, dann kann man auch sicher darauf rechnen, dass sie schließlich zum Durchbruch, zur Verwirklichung kommen wird.

Und, meine Herren, wenn heute zum ersten Mal in einem deutschen Parlament eine solche Forderung aufgestellt wird, dann ganz sicher nicht zum letzten Mal! Es wird mit dieser Frage gehen wie mit anderen. Haben wir es doch in diesem Reichstag erfahren, dass anfangs eine große Mehrheit gegen die Forderung war, die aus deutschen Frauenkreisen an uns herantrat, ihnen, den Frauen, das Studium der Medizin, überhaupt das höhere Studium auf unseren Universitäten zu ermöglichen. Nun, genauso, wie gegen diese Forderung anfangs eine große Mehrheit vorhanden war, aber im Laufe der mehrfachen Verhandlungen... sogar eine Mehrheit herausgestellt hat, so, können wir sagen, wird auch die Forderung des Frauenstimmrechts nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden; sie wird immer wieder auftreten, immer weitere Kreise erfassen und wird schließlich auch in Deutschland zur Durchführung kommen.

Wir erheben die Forderung des Frauenstimmrechts im Namen der Rechtsgleichheit der Geschlechter. Meine Herren, wir erkennen kein Recht an für das männliche Geschlecht, irgend wie und irgend wo berufen zu sein, die Frauen zu bevormunden. Dass die Frau bevormundet wird in unserer Gesetzgebung und deshalb mehr und mehr ins öffentliche Leben treten muss, kann niemand bestreiten.

(Widerspruch in der Mitte.)

Ja, verehrter Herr Kollege Dieden, Sie werden doch nicht bestreiten können — und die diesjährige Gewerbezählung wird das bestätigen —, daß im Vergleich zum Jahre 1882 die Zahl der in der Industrie und in unseren Gewerben tätigen Frauen sehr bedeutend gewachsen ist. Wenn im Jahre 1882 etwa 4,2 Millionen Frauen

¹ Rede am Mittwoch 13. Februar 1895 (36. Sitzung der 9. Legislaturperiode 1894/95). In: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. 9. Legislaturperiode, 3. Session 1894/95, Bd. 1; Berlin 1895; S. 856-859

tätig waren, so bin ich überzeugt, dass die Zahl derselben auf 6 Millionen angewachsen sein wird. Wohin wir immer blicken, zeigt sich, dass da, wo Männer über Frauen die Gesetze zu machen haben, dieselbe Erscheinung zu Tage tritt, wie dort, wo eine herrschende Männerklasse über eine unterdrückte Männerklasse Gesetze macht: immer werden zu Ungunsten der gesetzlich Unmündigen, zu Ungunsten der Abhängigen, der Unterdrückten die Gesetze gemacht.

Es könnte nun der eine oder andere auftreten und einwenden, dass die Männer verpflichtet sind Soldat zu werden, sich gegebenen Falls totschießen zu lassen oder ihre gesunden Gliedmaßen der Gefahr auszusetzen, in einem Krieg geschädigt zu werden; das wirst du doch von den Frauen nicht verlangen. Nein, wahrhaftig nicht! Fällt uns nicht ein. Aber, meine Herren, vergessen Sie das eine nicht: um Soldaten zu haben, müssen Knaben geboren werden, die später Soldaten werden.

(Protest)

Erlauben Sie! Wenn Sie sagen: hier ist eine Pflicht und eine Gefahr für die Männer, die gibt ihnen Anspruch auf ein Recht, — dann sage ich: es gibt auch eine Gefahr für die Frauen, die unendlich größer ist, als die Gefahr, der sich die Männer in den Kriegen aussetzen. Auf Grund der Statistik sind in Preußen in dem Zeitraum von 1816 bis 1876 allein rund 322 000 Frauen am Kindbettfieber gestorben. Zählen Sie alle die Männer in Preußen, die innerhalb dieser Zeit in Schlachten und Gefechten gefallen sind, zusammen, und Sie werden nicht entfernt auf die gleiche Zahl kommen.

Blicken wir ins Ausland: Wir haben heute 7 Staaten in den Vereinigten Staaten, in welchen die Frau das Wahlrecht in der Gemeinde besitzt, und zwar unter den gleichen Bedingungen wie der Mann. In Schweden haben die Frauen seit 10 Jahren das Bezirks- und Gemeindewahlrecht unter denselben Bedingungen, wie die Männer. In England ist das Grafschafts- und Gemeindewahlrecht in einer großen Zahl von Bezirken ihnen zugestanden. Kurz, nach allen Richtungen hin sind bereits Tatsachen vorhanden, die weit von dem abweichen, was wir in Deutschland besitzen. Gestützt auf diese Erfahrungen, dringen wir darauf, dass jeder zivilisierte Staat auf Erden den Frauen ohne Verzug das Stimmrecht gewährt

Es geht auf die Dauer nicht, dass die Hälfte der Nation —und ich setze hinzu: die größere Hälfte derselben — vom Wahlrecht ausgeschlossen ist. Die Frauen bilden in Deutschland unbestritten die größere Hälfte der Nation.

(Zuruf. Heiterkeit)

Gut, ich setze auch hinzu: die bessere Hälfte. Aber, ich bin nicht hier her gekommen, um den Frauen Komplimente zu machen, und deshalb habe ich den Zusatz: „die bessere Hälfte“ weggelassen. Indes zögere ich nicht, dies noch nachzuholen und zu erklären, dass sie in der Tat unsere bessere Hälfte sind.

Ich behaupte, dass die Frauen weit mehr Gerechtigkeitsgefühl besitzen als die Männer –und ich behaupte ferner, dass die Frauen viel weniger korrumpiert sind als die Männer, dass sie in jeder Beziehung das moralisch höhere Element der Gesellschaft bilden.

(Zuruf links)

Ach so, Herr Kollege Enneccerus, Sie meinen wohl: die Politik verdirbt den Charakter? Dann würde ich doch an Ihrer Stelle in Rücksicht auf den eigenen Charakter es vorziehen, mich von der Politik zurückzuziehen.

Ich habe nicht diese Meinung, ich bin vielmehr der Ansicht, dass die Frauen genau wie die Männer zum öffentlichen Leben zugelassen werden müssen. Ich bin auch überzeugt, dass das im höchsten Grade wohltuend auf unser öffentliches Leben einwirken wird. Kurz und gut, meine Herren, je mehr Sie nach rückwärts drängen, desto mehr werden wir nach vorwärts drängen.

Erzählerin:

Dass der Antrag von Bebel damals abgelehnt worden ist, brauche ich wohl nicht zu betonen. Interessanter ist allerdings der Umstand, dass die Reaktionen von Seiten der bürgerlichen Frauenbewegung eher verhalten sind. Großen Beifall findet die Rede natürlich in der ‚Gleichheit‘, der Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterin, wie sie sich damals nannte. Dort stand im Leitartikel vom 6. März 1895 folgendes zu lesen:

Kommentatorin:

Zum ersten Mal ist in diesem deutschen Parlament die Forderung erhoben worden auf die unbeschränkten Bürgerrechte der Frau, auf die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Und dies durch den von Bebel begründeten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion. Bezeichnende Weise ist es nicht das Bürgertum, welches eintritt für einen solchen Kulturfortschritt ersten Ranges. Der beschränkte Klassenegoismus hat sich wie Mehltau auf das politische Leben des deutschen Bürgertums gelegt und seine Entfaltung zu voller Blüte verhindert....

Erzählerin:

... Und so wird in der ‚Gleichheit‘ ganz schnell die Frauenstimmrechtsfrage wieder zum ‚Nebenwiderspruch‘ angesichts des vorrangigen Klassenkampfes.

Trotzdem gibt es damals Fortschritte zu verzeichnen. Seit 1908 dürfen Frauen den politischen Parteien beitreten und an allen deutschen Universitäten studieren. Aber es dauert fast 20 Jahre, bis - neben den verschiedenen Vorstößen von Seiten der Sozialdemokratie - eine Petition für das Frauenstimmrecht den deutschen Reichstag erreicht, der von Seiten der Frauenbewegung kommt, die sich - zumindest auf ihrem radikalen Flügel - inzwischen entschieden für die politische Gleichberechtigung der Frauen einsetzt. Aber auch dieses Mal ist dem Antrag wenig Erfolg entschieden. Der Zentrumsabgeordnete Georg Schwarz begründet sie Ablehnung.

Georg Schwarz:²

Wir haben uns ja erst im Februar vorigen Jahres mit einem ähnlichen Antrag befasst wie dem, der hier von den Vorkämpferinnen der Frauen gestellt wird. Damals handelte es sich um einen sozialdemokratischen Antrag: den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu gewähren. Da haben die Frauen allerdings ungünstig abgeschnitten. Es fehlte nicht an Gegnern, die den Antrag direkt verwarfen, ebenso wenig an Befürwortern, und schließlich gab es Leute, die da meinten, die Frage des Frauenstimmrechts sei gegenwärtig noch nicht genügend geklärt. Diesen letzten möchte ich mich anschließen. Der Prozentsatz der Frauen, die sich überhaupt für diese Frage interessieren, ist doch noch recht klein; und selbst diejenigen, die sich dafür interessieren, sind sich nicht einig; sie sind zögernd in ihrem Wollen und unklar in ihren Zielen.

Das zeigen uns die verschiedenen Tagungen der Frauenbewegung selbst. So hat der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht im Jahre 1912 beschlossen, der nächsten Generalversammlung den Vorschlag zu unterbreiten, dass künftig nicht mehr das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu fordern sei, sondern nur das persönlich auszuübende, gleiche Wahlrecht. Die Folge dieses Beschlusses — es gab da Krakehl — war der Austritt zahlreicher demokratischer Frauen. Aber auch die Generalversammlungen des Verbandes für Frauenstimmrecht selbst, erbringen laut ihren Protokollen den besten Beweis für die vorhandene Unklarheit. So wurde auf der letzten Generalversammlung mächtig gestritten, dass der Verband zwar nicht auf dem Boden einer bestimmten politischen Partei oder einer bestimmten Richtung der Frauenbewegung stehe, dass er aber als Verband das allgemeine, gleiche, direkte und geheime aktive sowie das passive Wahlrecht für Frauen zu den gesetzgebenden Körperschaften und den Organen der Selbstverwaltung verlange. Zu diesem Paragraphen lagen

² Rede am Dienstag 13. Januar 1914 (189. Sitzung der 13. Legislaturperiode 1913/14). In: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. 13. Legislaturperiode, 1. Session 1913/14, Bd. 291; Berlin 1914; S. 6463 - 6464, hier S. 6464

nicht weniger als sechs Anträge vor, und, wie gesagt, sind durch die Kämpfe darum schwere Zerwürfnisse in die Frauenbewegung hineingetragen worden. Ihr führendes Organ erklärt selbst, man könne nur mit tiefer Trauer an die letzten drei Generalversammlungen zurückdenken. Es wurde aber auch konstatiert, dass all die traurigen Vorgänge innerhalb der deutschen Stimmrechtsbewegung nur die außerordentlich unerquicklichen Symptome eines geschichtlich notwendigen Klärungsprozesses seien. Und ich meine, diesem Klärungsprozesse dürften auch wir nicht vorgreifen. Ich kann deshalb nicht empfehlen, dem sozialdemokratischen Antrage zuzustimmen, der die Berücksichtigung der Petition vorschlägt.

Ich möchte aber auch nicht dem Antrage Arnstadt und Genossen Folge leisten, der ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen will. Wir in der Kommission haben bekanntlich beschlossen, den Antrag der Frauen zur Kenntnisnahme hinüberzugeben. Die Bewegung für das Frauenstimmrecht hat sich schon eine so achtunggebietende Stellung erkämpft und angesehene Vertreter in allen Parteien gesunden, dass man den Bestrebungen die formelle Kenntnisnahme nicht versagen darf. Wir müssen doch anerkennen, dass der Kampf der deutschen Frauen im Gegensatz zu ihren englischen Schwestern sich bisher immer in den Grenzen der Wohlanständigkeit bewegt hat. Es wäre deswegen eine unnötige Härte, den sachlichen Kampf einfach mit Mißachtung zu lohnen, wie es andererseits eine Voreiligkeit wäre, diesen ungeklärten Fragen durch Überweisung zur Berücksichtigung noch eine besonders wertvolle Note zu geben. Ich darf abschließend darauf hinweisen, dass sich schon jetzt in den Blättern der Frauenbewegung einzelne Stimmen geltend machen, die erklären, man käme so wie bisher nicht weiter, und es sei unbedingt notwendig, dass man mit aller Entschiedenheit und Konsequenz an der Demokratisierung des parlamentarischen und des gesamten politischen Lebens in Deutschland mitarbeite, dass man eine kräftige Linke schaffen müsse, um zu einem Durchbruch in der Frage zu kommen.

Erfreulicherweise wird das von der großen Mehrheit der Frauen noch abgelehnt. Allein, wenn wir jedes Entgegenkommen verweigern, so dürfte die Zeit bald kommen, wo die Verärgerung immer mehr Platz greift und auch die Frauen in Deutschland ebenso zu radikaleren Kampfmitteln greifen, wie das in England schon geschehen ist. Deswegen möchte ich Ihnen den goldenen Mittelweg empfehlen, nämlich, so wie es die Kommission beschlossen hat, die Petition wenigstens zur Kenntnisnahme hinüberzugeben.

Kommentatorin:³

Der Berichtstatter erklärte, dass sich eine bemerkenswerte Wandlung in der Sache vollzogen habe. Er zeigte sich über die Verhältnisse innerhalb der Frauenbewegung in erstaunlicher Weise orientiert. Das ist nur zu loben. Und wir

³ Minna Cauer, Die Frauenbewegung, Feb 1014, S. 13

müssen zugeben, dass wir es den Volksvertretern schuldig sind. die erforderliche Klarheit bezüglich unserer Positionen zu schaffen.

Allerdings ist dem Abgeordneten Cohn von den Sozialdemokraten zuzustimmen, der darauf hingewiesen hat, dass der Fortschritt, den die Kommission sich zugutehält, nur darin besteht, den Antrag diesmal nicht in den großen, sondern nur in den kleinen Papierkorb des Reichstags zu werfen.

Erzählerin:

Wenige Monate nach dieser unerfreulichen Reichstagsdebatte beginnt der Erste Weltkrieg. Die bürgerliche Frauenbewegung greift das schon von Bebel erwähnte Argument auf, dass die Frauen vor allem deshalb von den Bürgerrechten ausgeschlossen seien, weil sie nicht wie die Männer im Krieg ihr Leben opfern müssen. Sie organisieren deshalb entsprechend zur Fronteinsatz der Männer mit immensem Einsatz die Heimatfront im Kampf gegen Hunger und Not - und wollen sich damit ihre Rechte erdienen.

Deshalb löst die Osterbotschaft des Kaisers im April 1917 große Empörung bei den Frauen aus, weil er den Arbeitern zum Dank für den ‚Burgfrieden‘ die Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts verspricht, die Forderung nach dem weiblichen Stimmrecht aber trotz des immensen Einsatzes der Frauen strikt übergeht.

Diese Haltung von KW2 führt zu einer vehementen Radikalisierung der Frauenstimmrechtsbewegung. Der wohlbegründete Antrag der Sozialdemokraten vom 26. Oktober 1918, nun endlich das Frauenwahlrecht zu beschließen, diesmal vorgetragen von Eduard Bernstein – wird trotzdem von allen bürgerlichen Parteien einstimmig abgeschmettert.

Kommentatorin: ⁴

Der SPD-Antrag wurden mit allem Nachdruck und aller wünschenswerten Sachkenntnis begründet und unterstützt. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien – ebenso wie die Regierungsvertreter – schwiegen sich über diesen Punkt gänzlich aus, z.T. hielten sich ihre Ausführungen noch unter dem sonst in Bezug auf das Frauenstimmrecht üblichen Niveau. Zu den Schweigenden gehörten auch die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei. Die Vertreter der Partei, die ihre Anhänger auf dem Mannheimer Parteitag aufgefordert hatten, die Frauen im Kampf um ihre politischen Rechte bis zur vollen Staatsbürgerschaft zu unterstützen, stimmten bei dieser Gelegenheit geschlossen dagegen. Der konservative Redner brachte den neuen und überaus originellen Hinweis, dass die Frau ins Haus gehöre – der Zentrumsredner brachte den köstlichen Witz,

⁴ Marie Stritt, Die Frauenbewegung 1918.

der mit allgemeiner Heiterkeit quittiert wurde, dass die Frau ja einmal im Leben die Wahl habe, nämlich bei der Wahl des Mannes.“

Erzählerin:

Aber: das Rad der Geschichte ist über diese Auswüchse der Borniertheit hinweggegangen. Die Novemberrevolution – allen voran die Münchner Räterepublik unter der Führung von Kurt Eisner – erklärt das Frauenstimmrecht zum Dogma. Hören wir die Erinnerungen der radikalen Frauenrechtlerin Anita Augspurg, die zusammen mit Lida Gustava Heymann damals Eisners Beraterinnen in Sachen Frauenbewegung war, an diesen denkwürdigen Abend:

Anita Augspurg:

In der Nacht vom 7. auf den 8. November zog Kurt Eisner mit einem kleinen Häufchen von Männern und Frauen durch München zum Landtagsgebäude. Dort wurde der Hauswart geweckt. Man sagte ihm: Öffnen Sie die Tür. Es ist Revolution, wir sind die Regierung, machen Sie Licht im Sitzungssaal. Abstandslos wurde die Weisung befolgt.

Noch am gleichen Tag meldete ich der aus Bayern ausgewiesenen Lida Gustava Heymann am Telefon: Eisner hat das Wahlrecht für Frauen in Bayern proklamiert. Berlin muss folgen.

Erzählerin:

Die Kunde, dass Eisner das Frauenstimmrecht verkündet hatte, drang in der Tat blitzartig bis nach Berlin und verfehlte seine Wirkung nicht: Umgehend beschloss der Rat der Volksbeauftragten, der damals mit den Vorbereitungen zur Wahl der Nationalversammlung der ersten deutschen Republik befasst war, dem Vorbild der Bayern zu folgen und am 12. November 1918 ebenfalls das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Bürgerinnen und Bürger zu verkünden – ein Wahlrecht, das nunmehr nicht nur alle Klassen, sondern auch Männern und Frauen gleichermaßen umfasste

Die Scheidemannrede aus dem OFF abklingend....

Erzähler:in:

Aber das war erst der Anfang einer langen und wechselvollen Geschichte der Partizipation von Frauen im Bereich der sogenannten Großen Politik. Die hohen Erwartungen, welche die Frauen an ihr Stimmrecht geknüpft hatten, erwiesen sich als zweiseitige Angelegenheit: Die Parteien nahmen jetzt zwar weibliche Kandidatinnen auf, waren aber im Grunde nicht gewillt, ihre Vorurteile gegen diese aufzugeben. Die Frauenbewegung ging auch deshalb eher geschwächt als gestärkt aus ihrem Sieg hervor, weil sie jetzt keine außerparlamentarische Opposition mehr war, sondern angeblich alles erreicht hatte. Aber das ist ein

weites Feld, über das wir heute von Christina Thürmer-Rohr noch einiges erfahren werden.

Wir schließen die Ausführungen über den Kampf um das Frauenwahlrecht im deutschen Reichstag jetzt mit einem Ausschnitt aus der ersten Rede ab, den eine Frau in der Weimarer Nationalversammlung gehalten hat: die Sozialdemokratin Marie Juchacz:

Marie Juchacz:

Meine Herren und Damen! Es ist das erstmal, dass in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, und zwar ganz objektiv, daß es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Frauen besitzen heute das ihnen zustehende Recht der Staatsbürgerinnen. Gemäß ihrer Weltanschauung konnte und durfte eine vom Volke beauftragte sozialistische Regierung nicht anders handeln, wie sie gehandelt hat. Sie hat getan, was sie tun mußte, als sie bei der Vorbereitung dieser Versammlung die Frauen als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen anerkannte.

Ich möchte hier feststellen und glaube damit im Einverständnis vieler zu sprechen, daß wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.

Besetzung:

Erzählerin

Bebel

Schwarz

Juchacz

Kommentatorin 1 (Gleichheit)

Kommentatorin 2 (Cauer/Stritt)

Dohm

Augspurg

3 Zwischenrufer